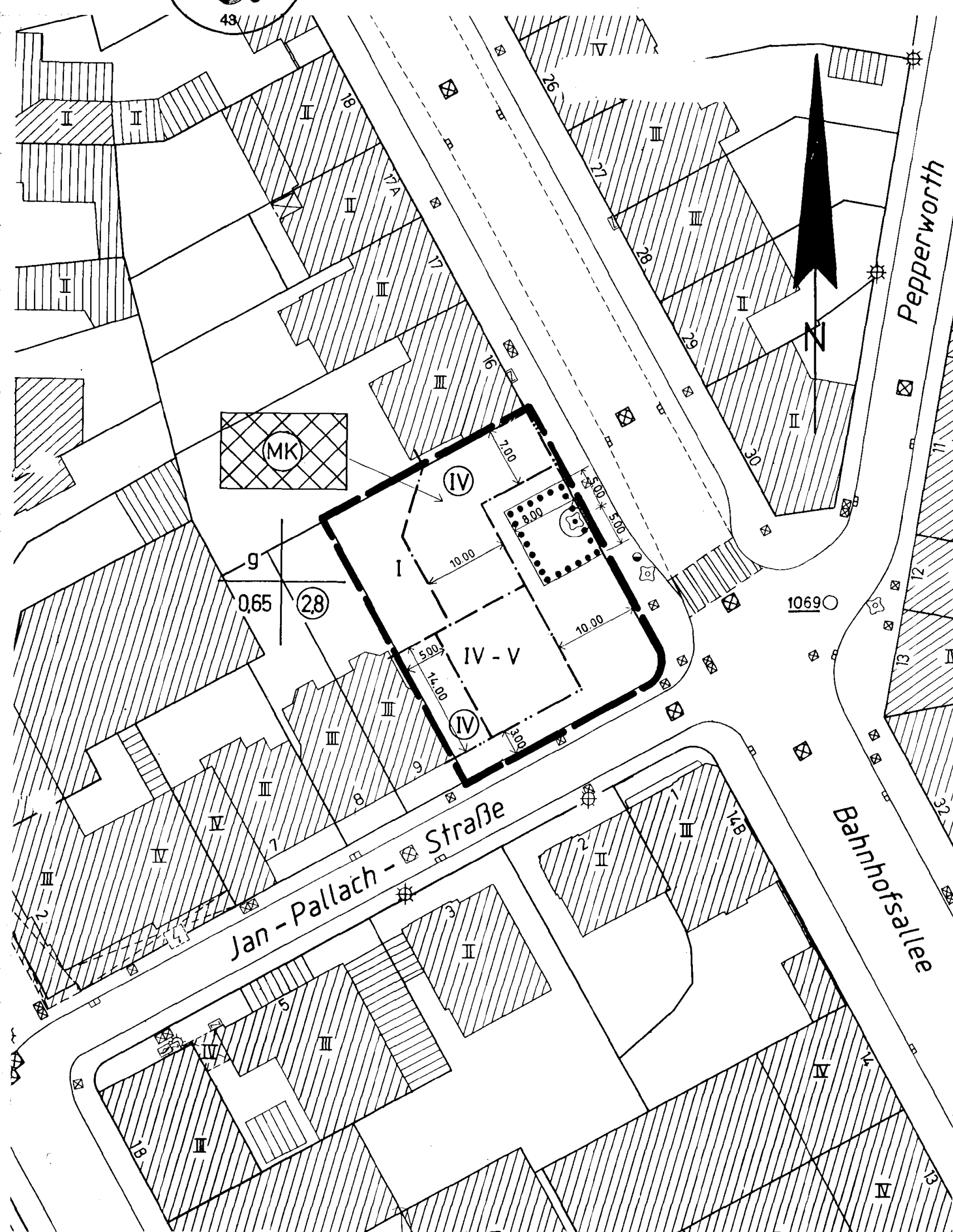


<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 11.01.1989). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den 13.04.1989</p> <p>Stadtvermessungsamt</p> <p><i>Dr. J. J. J.</i></p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 02.02.1989</p> <p>Stadtplanungsamt</p> <p><i>h. a. a.</i></p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 12.06.1989 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 12.06.1989 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 12.06.1989 bis 13.06.1989.</p> <p>Hildesheim, den 13.06.1989</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 12.06.1989 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 12.06.1989</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 12.06.1989 bis 13.06.1989 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.</p> <p>Die Auslegung ist am 13.06.1989 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 13.06.1989</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.</p> <p>Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 19.09.1990 der Änderung zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 19.09.1990</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>
<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 11.09.1990 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 12.06.1990</p> <p>Oberbürgermeister</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 12.06.1990 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen / mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch die Kennzeichnung gekennzeichneten Teile nicht geltend gemacht.</p> <p>Hannover, den 12.06.1990</p> <p>Bezirksregierung Hannover Im Auftrage</p> <p>(L.S.)</p>	<p>Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom (AZ.) aufgeführten Maßgaben / Ausnahmen in seiner Sitzung am 19.09.1990 beigetreten.</p> <p>Hildesheim, den 19.09.1990</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Der Satzungsbeschluss ist am 19.09.1990 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 19.09.1990 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 19.09.1990</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 20.09.1991</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>	<p>Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 19.09.1997</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p><i>W. W.</i></p>



Rechtsgrundlagen

- Für diesen Bebauungsplan gelten
- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986
 - die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 15. September 1977 in der Fassung der 4. Änderungsverordnung vom 23. Januar 1990

Planzeichenerklärung

<p>Art der baulichen Nutzung</p> <p> Kerngebiet</p>	
<p>Maß der baulichen Nutzung</p> <p> Geschosflächenzahl I zulässige Zahl der Vollgeschosse</p> <p> Grundflächenzahl Zahl der Vollgeschosse zwingend</p>	
<p>Bauweise, Baulinien, Baugrenzen</p> <p> Baulinie</p> <p> Baugrenze</p> <p> geschlossene Bauweise</p>	
<p>Verkehrsflächen</p> <p> Straßenbegrenzungslinie</p> <p>Die Straßenbegrenzungslinie entfällt, wenn sie mit einer Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt</p>	
<p>Planungen, Nutzregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft</p> <p> Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen (siehe textl. Festsetzung)</p> <p> Erhaltung von Bäumen</p>	
<p>Sonstige Planzeichen</p> <p> Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans</p>	

Textliche Festsetzungen:

1. Auf der Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen ist der vorhandene Baum (Esche) zu erhalten, zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Die festgesetzte Fläche ist unversiegelt zu halten und vor Bodenverdichtung zu schützen.
2. Ausnahmsweise können Kragdächer über dem Erdgeschoss bis zu einer Ausladung von 1,50 m auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie im öffentlichen Straßenraum zugelassen werden.
3. Im Bereich des 1-geschossigen Kerngebiets ist eine Hofüberbauung mit Flachdach zulässig, dessen Oberkante eine Höhe von max. 4,00 m nicht überschreiten darf.
4. Wohnungen gem. § 7 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO sind allgemein zulässig.



STADT HILDESHEIM

5. Änderung des Bebauungsplanes HM 32 Jan - Pallach - Straße / Bahnhofsallee Vereinfachte Änderung gemäß § 13 BauGB

Maßstab 1:500

1/90

